
Verleihung des

14. CARLO-SCHMID-PREISES

Samstag, den 6. Juli 2024

an CORRECTIV





Die Statue symbolisiert den humanen Fortschritt. Sie wurde von dem Berliner Künstler Hans Scheib, im Auftrag der Stiftung in limitierter Auflage gefertigt und wird den Preisträgern jeweils bei der Verleihung überreicht.

Verleihung des

14. CARLO-SCHMID-PREISES

an CORRECTIV

Samstag, 6. Juli 2024

in der Aula der Universität Mannheim

PROGRAMM

Eröffnung und Begrüßung Dr. Peter Kurz Vorsitzender der Carlo-Schmid-Stiftung	2
Grußwort Christian Specht Oberbürgermeister der Stadt Mannheim	6
Laudatio Prof. Dr. Heribert Prantl Langjähriger Politikchef der Süddeutschen Zeitung	8
Verleihung des Preises Andreas Stoch MDL Vorsitzender des Kuratoriums der Carlo-Schmid-Stiftung, SPD Landes- und Fraktionsvorsitzender	14
Ansprache der Preisträger David Schraven Gründer und Publisher des Medienunternehmens Luise Lange-Lettelier Leitung Kommunikation und Fundraising	16
Foto-Impressionen von der Preisverleihung	22
Carlo Schmid - Biografische Stationen	25

Dr. Peter Kurz

Vorsitzender der Carlo-Schmid-Stiftung

Eröffnung und Begrüßung

Herzlichen Dank an die IG Pop, David Julian Kirchner und Thilo Eichhorn, die mit Heines „Schle-sischen Webern“ uns auf diese Preisverleihung eingestimmt haben.

Die IG Pop befragt durch musikalische Neuinterpretation alter Arbeiterlieder und Schaffung neuer Lieder über die Arbeitswelt, ob diese nicht auch heute noch Aktualität besitzen. Auf der heutigen Veranstaltung verweisen sie insofern auf die Biografie Carlo Schmid, dass er trotz oder wegen seines Profils als Jurist und „homme de lettre“ von Kurt Schumacher als Bundestagskandidat in „die Arbeiterstadt Mannheim und den von den Kommunisten am härtesten umkämpften Bezirk“ geschickt wurde, wie er es selbst in seiner Biografie beschreibt.



Als Einstimmung und Rahmen sehen Sie - neben den fotografischen Portraits – hier vorne auf der Bühne auch ein im wahrsten Sinne des Wortes plastischeres Portrait Carlo Schmid von Klaus Ringwald, welches wir der Klaus-Ringwald-Stiftung verdanken. Herzlichen Dank, dass wir dadurch Carlo Schmid hier unmittelbar im Saal noch etwas stärker erspüren können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Abgeordnete des Europäischen Parlamentes, des Bundes- und des Landtags, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, verehrter Preisträger, lieber Heribert Prantl, liebe Gäste, ich freue mich sehr, Sie alle heute zur Verleihung des Carlo-Schmid-Preises 2024 begrüßen zu können und tue dies auch im Namen des Vorstands der Carlo-Schmid-Stiftung und im Namen des Kuratoriums mit seinem Vorsitzenden Andreas Stoch, Katarina Barley, der Vize-Präsidentin des Europäischen Parlaments, der Bundestagsabgeordneten Isabel Cadematori, Monika Wulf-Matthies, Ulrich Weidner und Tobias Schmid, dem Enkel von Carlo Schmid.

Traditionell findet die Verleihung in Mannheim statt, der Stadt, die Carlo Schmid 23 Jahre als Bundestags-abgeordneter im Bonner Bundestag vertreten hatte. Wir freuen uns, dass die Stadt Mannheim, wie in all den Jahrzehnten, gemeinsam zum anschließenden Empfang einlädt. Besonders aber, dass der Oberbürgermeister aus diesem Anlass ein Grußwort an uns richtet. Herr Oberbürgermeister Specht, seien Sie uns herzlich willkommen.

Ein besonderes Willkommen dem Preisträger, und damit den Vertreterinnen und Vertretern des Medienhauses CORRECTIV, dem Gründer David Schraven, Luise Lange-Letellier, Leitung Kommunikation und Fundraising, Chefredakteur Justus von Daniels und Senior-Reporter Marcus Bensmann.

Wir dürfen vorab schon einmal gratulieren, und zwar gleich dreifach: zum Carlo-Schmid-Preis, aber auch zu Ihrem 10-jährigen Jubiläum, das Sie diesen Monat begehen, und zum in diesen Tagen angekündigten Leipziger Medienpreis 2024.

Ein herzliches Willkommen gilt ebenso Heribert Prantl, dem wir herzlich dafür danken, dass er die Laudatio auf die Preisträger-Institution übernommen hat. Er war und ist für uns der ideale Laudator, um die grundlegenden Themen der heutigen Veranstaltung zu verbinden: die Herausforderungen und Aufgaben des Journalismus, die Person und Bedeutung Carlo Schmid als wesentlicher Gestalter unseres Grundgesetzes und die Antworten, die wir gemeinsam auf die Bedrohung der tragenden Eckpfeiler unserer Demokratie, zu der die Medien gehören, geben müssen.

Als politischer Publizist mit einer über 30-jährigen Erfahrung als Politikchef der Süddeutschen Zeitung weiß er wie kaum ein Zweiter die Verantwortung und Gefährdungen des Journalismus wie der Politik zu bewerten und zu beschreiben. Zugleich ist Heribert Prantl ein profunder Kenner und - man darf sagen - Bewunderer Carlo Schmid, den er gerade in seinem jüngsten Werk über den Frieden mehrfach zitiert.

Lieber Herr Prantl, seien Sie uns herzlich willkommen. Wir freuen uns auf Ihre Ausführungen.

Meine Damen und Herren, liebe Gäste, der Carlo-Schmid-Preis wird nicht jährlich vergeben. 2024 war für uns aber ein gesetztes Datum, verbindet sich doch mit einer Preisverleihung in diesem Jahr ein besonderes Ereignis: der 75. Geburtstag unseres Grundgesetzes. An Carlo Schmid wurde deshalb in diesem Jahr besonders erinnert; sein prägender Einfluss auf die Gestaltung des Grundgesetzes gewürdigt.

Ohne ihn und sein Insistieren auf eine Präambel, die Betonung der Grundrechte und die als Auftrag an alle zu verstehende Würde des Menschen, als Fixsterne des Verständnisses unseres Grundgesetzes, wäre die Bundesrepublik nicht das geworden, was sie ist: Das nach dem Demokratieindex des Economist größte Land unter den vollständigen Demokratien. Die 75jährige Erfolgsgeschichte des Grundgesetzes ist einerseits zu feiern. Die tragenden Überlegungen zur Ausgestaltung dieser Demokratie sind andererseits leider auch von besonderer Aktualität.

Das Grundgesetz wurde geprägt von Männern und Frauen, die das Scheitern der ersten deutschen Demokratie erlebt und erlitten hatten.

Sie wollten eine stabile Rechtsordnung und stabile demokratische Institutionen, die sich in der Bedrohung der Demokratie bewähren könnten. Wir ahnen, erst jetzt kommt dies zum Schwur. Wir hatten bislang - besonders aus der Perspektive von 1945 - unverhofftes Glück, dass diese Bewährung gegenüber einem nicht nur absichtsvollen, sondern mit relevanter Resonanz und Unterstützung getragenen Angriff nicht stattfinden musste.



Auf der Habenseite steht eine Befreiung der Deutschen mit der Demokratie, die zunächst von ökonomischem Erfolg getragen war, dann aber ab den 70er Jahren mit einer ernsthaften Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit eine tiefere Grundierung fand. In erheblichen Teilen der Bevölkerung ist durchaus so etwas wie ein Verfassungspatriotismus entstanden.

Der fundamentale und prägende Gedanke der Würde des Einzelnen und ihrer Gleichheit wird einerseits aktuell massiv in Frage gestellt, andererseits ist er eine Quelle der Kraft, sich genau diesem Angriff entgegenzustellen und die Gleichheit aller und den Schutz der Würde aller als Kern der Demokratie zu verstehen.

Carlo Schmid schildert in seinen Erinnerungen ein Gespräch mit Konrad Adenauer, in dem dieser den Unterschied zwischen beiden so markiert hat, dass Schmid eben an den Menschen glaube.



Das sieht man dem Grundgesetz an. Das Grundgesetz glaubt an den Menschen.

Es ist aber nicht blind dafür, dass ein friedliches, auf Normen basierendes Zusammenleben und damit die Demokratie geschützt werden muss.

Die Grundskepsis Konrad Adenauers und der Realismus Carlo Schmid's unterschieden sich da in der Schlussfolgerung nicht: Der Staat muss wehrhaft sein.

Nicht von ungefähr hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am 23. Mai diesen Jahres Carlo Schmid zitiert. Für ihn bedeutete die damals neue Demokratie auch den „Mut zur Intoleranz gegenüber denen zu zeigen, die die Demokratie gebrauchen wollen, um sie umzubringen.“

Doch eine wehrhafte Demokratie verlangt nicht nur staatliche Reaktion.

Und so wie Art. 1. Satz 1 des Grundgesetzes sich nicht nur an den Staat richtet, sondern als Programmsatz über unserem Zusammenleben steht, so ist die Sicherung des demokratischen Rahmens eine gesellschaftliche Aufgabe vieler. Die sogenannte vierte Gewalt zu sichern, war kein allzu großer Debattengegenstand in Herrenchiemsee und Bonn. Sie galt mehr oder weniger als selbstverständlich, wenn ihre Freiheit bewahrt wird.

Das ist heute anders. Die angestammten Medien und ihre Finanzierung sind gerade nicht von staatlicher Seite bedroht. Ihre Funktion als vermittelnde Instanz ist unter Druck. Sie erreichen weniger Menschen und der Unterschied zwischen Menschen, die sich aus Zeitungen oder

Fernsehsendern informieren, und denen, die allein online und dann nicht aus Nachrichtenquellen ihre Informationen erhalten, ist signifikant in den Dimensionen Vertrauen, Nähe zu Verschwörungstheorien und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Und da Faktenbasierung und deliberative Demokratie selbst zu Angriffspunkten geworden sind, sind Qualitätsmedien Partei in dieser grundlegenden Auseinandersetzung geworden. Für die Carlo-Schmid-Stiftung war diese grundlegende Änderung der Lage - und damit die Bedrohung einer der Säulen eines demokratischen Gemeinwesens – Anlass, den diesjährigen Preis an eine Institution zu vergeben, die versucht, auf diese neuen Herausforderungen zu reagieren, und damit einen gewichtigen Beitrag zur Verteidigung der Demokratie leistet.

CORRECTIV versucht, Journalismus jenseits von Reichweitenlogiken zu finanzieren, Faktenbasierung im öffentlichen Diskurs zu stärken, guten Journalismus durch Fortbildung und Vernetzung zu sichern und dabei die lokale Berichterstattung im Blick zu haben. Dies alles wollen wir würdigen.

Die Verteidigung und Bewahrung eines demokratischen und funktionierenden Staats braucht die Kritik, wo der Staat den Ansprüchen nicht gerecht wird, aber sie braucht auch die Hinterfragung und Einordnung einer zerstörerischen Kritik und die Aufdeckung absichtsvoller Angriffe.

Zu würdigen sind dabei die angesprochene strukturelle Dimension der Arbeit von CORRECTIV, aber natürlich auch die wichtigen Recherchen, die gerade in diesem Jahr das Bewusstsein dafür geschärft haben, dass wir es nicht mit Verschiebungen im Meinungsspektrum zu tun haben, sondern mit dem, was Carlo Schmid das Wollen nennt, „die Demokratie umzubringen“.

Die Gegnerschaft zum Staat ist etwas, das strukturell in den großen Recherchen immer wieder auftaucht. Und ich glaube nicht, weil CORRECTIV danach sucht, sondern weil es sich als Muster bei den Akteuren, die Gegenstand der Recherchen waren, findet.

Ein paar Zitate: „Für mich, wie für alle anderen auch, war der Staat der Feind.“

„Moral hat dort keinen Platz. Wer dort die Moral-Frage stellt, wird sofort ausgetauscht.“

„Es wird schon die nächste Generation herangezüchtet.“

„Die neue Generation arbeitet schon am nächsten Sturm.“

Das sind nicht die Aussagen eines Insiders eines extremistischen Netzwerks. Es sind die von CORRECTIV eindrucksvoll dokumentierten Aussagen eines Hauptbelastungszeugen im CumEx-Komplex.

Die freiheitliche Demokratie, der handlungsfähige und ausgleichende Staat, der Regeln durchsetzt – das wird bekämpft. Bekämpft wird das Gemeinwesen, wie es das Grundgesetz beschreibt und als Handlungsauftrag sieht.

Meine Damen und Herren, liebe Gäste, wir leben in einer Zeit, in der sogar die höchsten Repräsentanten eines Staates wie Javier Milei, den die deutsche Hayek-Gesellschaft ehrt, den Staat selbst zum Gegner erklären. Er sagt „Ich zerstöre den Staat von innen heraus.“

Der diesjährige Carlo-Schmid-Preis ist in dieser Lage für uns ein Appell an alle gesellschaftlichen Institutionen, wie CORRECTIV Verantwortung zu übernehmen und den Angriff auf die Demokratie, der von mehr als einer Seite erfolgt, ernst zu nehmen. Das erfordert Achtsamkeit, Klarheit und Mut zur Intoleranz gegen die Feinde der Demokratie - im Sinne Carlo Schmid.



Christian Specht

Oberbürgermeister der Stadt Mannheim

Grußwort

Sehr geehrter Herr Dr. Kurz, sehr geehrter Herr Abgeordneter Stoch, sehr geehrter Herr Professor Prantl, sehr geehrter Herr Schraven, sehr geehrte Frau Lange-Lettelier, liebe Gäste, mein Amtsvorgänger hat mich nach der Wahl gefragt, ob ich bereit bin, die Tradition fortzusetzen, nicht nur den Empfang für den Carlo-Schmid-Preis auszurichten, sondern Sie auch als Oberbürgermeister zu begrüßen. Darüber habe ich mich sehr gefreut. Und es ist für mich eine Selbstverständlichkeit – auch wenn ich, wie Sie wissen, nicht der SPD angehöre.

Es ist für mich eine Ehre vor Ihnen zu sprechen, Sie zu begrüßen zu dürfen, denn Carlo Schmid ist auch jenseits seiner Verdienste als Bundestagsabgeordneter und Parteimitglied ein großer Staatsmann gewesen. Und in diesen Tagen steht es uns sehr, sehr gut an, Staatsmännern und Staatsfrauen zu ehren und in Andenken zu halten, die das Gemeinwesen im Herzen haben und den Blick für das Ganze hatten – unabhängig davon, welcher politischen Auffassung sie sind. Und deswegen freut es mich sehr, dass ich Sie als Oberbürgermeister begrüßen darf – und das auch, weil damit von Mannheim heute eine gute Botschaft ausgeht. Eine gute Botschaft, die wir in den letzten Wochen so schmerzlich vermisst haben.



Wie Sie alle wissen, haben wir hier in Mannheim eine schwere und eine bewegende Zeit hinter uns. Vor sechs Wochen, am 31. Mai 2024, hat ein Mann unvermittelt mit einem Messer in der Hand im Herzen unserer Stadt Menschen angegriffen, deren Meinung er nicht zulassen wollte.

Ein junger Polizeibeamter, der in seiner Freizeit arabisch lernte, um sich besser mit den in Mannheim lebenden Menschen verständigen zu können, eilte ihnen zu Hilfe und wurde selbst so schwer verletzt, dass er seinen Verletzungen später erlag.

Rouven Laur war dieser Polizist, dessen Tod unsere Stadtgesellschaft aufwühlte und immer noch aufwühlt.

Diese mörderische Tat war ein ganz gezielter Angriff auf die Werte, die konstitutiv für unsere Gesellschaft als Ganzes und damit

auch für unsere Stadt sind. Eine Stadt, die sich durch ihre Offenheit und ihre pluralistische Haltung auszeichnet. Ich spreche von Toleranz, von dem Willen nach einem friedlichen Zusammenleben und der Achtung der Würde des Anderen. Also jene Werte, die in unserem Grundgesetz festgehalten sind, im Grundgesetz, dessen 75. Geburtstag wir in diesem Jahr feiern dürfen. Und damit kommen wir zur heutigen Veranstaltung – zur Feierstunde anlässlich 75 Jahre Grundgesetz und der Verleihung des Carlo-Schmid-Preises an CORRECTIV, hier vertreten durch David Schraven und Luise Lange-Lettelier.

Carlo Schmid, der langjährige Mannheimer Bundestagsabgeordnete, gilt zurecht als einer der Väter dieses Grundgesetzes. Er war nicht nur ein begnadeter Jurist, promoviert und habilitiert. In der Weimarer Zeit arbeitete er auch als Richter, als Dozent für Völkerrecht an der Universität Tübingen und als Publizist. Eine Universitätskarriere während der NS-Zeit war für ihn aufgrund seiner wiederholt erklärten Distanz zum Regime nicht möglich.

Erst nach Kriegsende wurde er 1946 zum Professor für Öffentliches Recht in Tübingen ernannt; zeitgleich fungierte er als stellvertretender Staatspräsident und Justizminister in Württemberg-Hohenzollern.

Mit dieser Expertise wurde er in überparteilichem Konsens 1948 in den Parlamentarischen Rat entsandt. Hier etablierte er sich rasch als einer der führenden Verfassungspolitiker, welche das Grundgesetz ausarbeiteten.

In den legendären Sitzungen auf Herrenchiemsee machte sich Schmid nicht nur für ein starkes und unabhängiges Bundesverfassungsgericht stark, sondern sorgte für die eher repräsentative Ausrichtung des Bundespräsidenten und setzte auch das sogenannte konstruktive Misstrauensvotum durch – um nur einige Beispiele zu nennen.

Seine Initiativen waren dabei von den Erfahrungen der Weimarer Zeit geprägt, aber auch am internationalen rechtswissenschaftlichen Diskurs orientiert. Und trotz aller Wissenschaftlichkeit und professoralen Würde, fremdelte Carlo Schmid nie mit den Menschen von der Straße.



Fast schon legendär ist das Zitat eines Mannheimer Arbeiters, der zu ihm sagte: „Sie sind ein Professor, Sie reden wie ein Professor und ich verstehe Sie doch.“

Kein Wunder, dass er in der Quadratestadt äußerst geschätzt und noch als Politiker im Amt, wenn auch nicht unumstritten, 1970 zum Ehrenbürger ernannt wurde – heute unvorstellbar. Bemerkenswert ist dabei die Begründung der Stadt Mannheim für diese Ehrung: Demnach sei Carlo Schmid ein „leidenschaftlicher Kämpfer, um die Vermenschlichung der Gesellschaft und des Staates, ein Verfechter des Europagedankens und einer der herausragenden Väter des Grundgesetzes“.

Diese Werte stehen auch hinter dem nach ihm benannten Preis, der heute verliehen wird. Denn der Einsatz für eine „Vermenschlichung der Gesellschaft und des Staates“ ist heute genauso bedeutsam wie in der Nachkriegszeit. Carlo Schmid hat dabei nie gezögert, Missstände als solche zu benennen. So stellte er Mitte der 1950er Jahre angesichts des weitverbreiteten Schweigens über deutsche Verbrechen während der NS-Zeit fest: „Ich bin der Meinung, daß es eine der vornehmsten Pflichten politischer Menschen ist, Tabus zu durchbrechen, sonst werden sie eines Tages Herr über uns.“

Missstände benennen, Tabus durchbrechen – dies ist auch Devise von CORRECTIV, den Trägern des Carlo-Schmid-Preises 2024. Sie decken auf und beschreiben unbequeme Wahrheiten und Missstände. Es geht Ihnen um die Werte eines friedlichen, toleranten, pluralistischen Zusammenlebens – im besten Sinne des Grundgesetzes. Und das bringen Sie gekonnt auf den Punkt: Kurz: Man versteht, was Sie sagen möchten.

Damit stehen Sie in Tradition von Carlo Schmid, unserem Mannheimer Abgeordneten und Vater des Grundgesetzes.

Ich gratuliere Ihnen herzlich zu dieser bedeutenden Auszeichnung!

Prof. Dr. Heribert Prantl

Langjähriger Politikchef der Süddeutschen Zeitung

Laudatio

Manchmal besteht das, was man heute „Brandmauer“ nennt, aus nur einem einzigen Buchstaben; in den Anfängen der Bundesrepublik war das ein „o“. Es war das „o“ von Carlo Schmid, es war das „o“ im Namen des Namensgebers des Preises, den wir heute überreichen. Der Literat und Staatsrechtsprofessor Carl Schmid hat sich in der frühen Nachkriegszeit ein „o“ an seinen Vornamen angehängt, um ja nicht mit dem gewissenlosen Nazi-Juristen und Antisemiten Carl Schmitt verwechselt zu werden. Carl Schmid schrieb sich zwar mit weichem d, Carl Schmitt dagegen mit hartem Doppel-t. Aber das war unserem Namensgeber noch nicht klar und unmissverständlich

genug. Deshalb das angehängte „o“ am Vornamen. Als Carlo wurde der Sozialdemokrat dann bekannt und berühmt, als Carlo war er einer der Großdiskutanten beim Verfassungskonvent von Herrenchiemsee 1948, wurde er ein paar Wochen später Vorsitzender des Hauptausschusses des Parlamentarischen Rates in Bonn, also der Dirigent der neunmonatigen Arbeiten am Grundgesetz. Den Preis mit dem „o“ im Namen verleihen wir heute an das Recherchezentrum CORRECTIV:

Nicht der alte und gefuchste Christdemokrat Konrad Adenauer, sondern der damals noch eher junge und geistvolle Sozialdemokrat Carlo Schmid, sozusagen der „Marquis von O“, galt damals als der kommende Mann. Er war ungeheuer beliebt als Hausvater der Republik und dann als Hauptvater des Grundgesetzes; er war beredt, barock und schlagfertig, wie sonst kaum einer. Eine der schönsten Geschichten über ihn ist ganz und gar unpolitisch, aber ganz und gar bezeichnend: Als er einmal seine Tochter von der Schule abholen wollte, stand er eine Weile am Schultor. Als eine Lehrerin ihn fragte: „Erwarten Sie ein Kind?“, antwortete Schmid: „Nein - ich bin immer so dick.“ Carlo Schmid hat (zusammen mit Georg August Zinn und Theodor Heuss) die Präambel des Grundgesetzes wunderbar formuliert, er hat die 146 Artikel geknetet, und er hat lustvoll gestöhnt darüber, dass er „furchtbar geschunden“ werde.

Vor 75 Jahren, im September 1948, zum Auftakt der Grundgesetzberatungen, hielt er eine Rede, die man nachlesen muss, wenn es heute um Brandmauern gegen die Rechtsextremisten von der AfD geht. Im Parlamentarischen Rat zu Bonn, vor dem er die Rede hielt, saßen viele Widerstandskämpfer gegen Hitler, so viele wie in keinem späteren deutschen Parlament mehr. Sie wussten, was Carlo Schmid meinte, als er folgende Forderung stellte: „Demokratie ist nur dort mehr als ein Produkt einer bloßen Zweckmäßigkeitentscheidung, wo man den

Mut hat, an sie als etwas für die Würde des Menschen Notwendiges zu glauben. Wenn man aber diesen Mut hat, dann muss man auch den Mut zur Intoleranz denen gegenüber aufbringen, die die Demokratie gebrauchen wollen, um sie umzubringen.“



Um diesen Mut geht es im Umgang mit der AfD. Aus dieser Mahnung Carlo Schmid wurde damals, 1948/49, der Artikel 21 Absatz 2 des Grundgesetzes. Er lautet so: „Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig. Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht.“ Man darf damit nicht warten, bis es zu spät ist. Unser Preisträger, das Recherchezentrum CORRECTIV, hat die Diskussion darüber sehr befruchtet. Die Recherchen, die CORRECTIV am 10. Januar 2024 unter dem Titel „Geheimplan gegen Deutschland“ veröffentlichte, haben das Land in Aufruhr versetzt. CORRECTIV berichtete über ein Geheimgespräch von Rechtsextremisten in einer Villa unweit des Wannsees, bei dem die Teilnehmer die Möglichkeiten der Vertreibung von Millionen Menschen mit Migrationshintergrund besprachen. Sie taten das unter dem Namen „Remigration“. Mit „maßgeschneiderten Gesetzen und mit „Anpassungsdruck“ sollten sie dazu gebracht werden, Deutschland zu verlassen. Im Programm der AfD, auf der Webseite der Partei, heißt es zwar, sie bekenne sich „vorbehaltlos zum deutschen Staatsvolk als der Summe aller Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Unabhängig davon, welchen ethnisch-kulturellen Hintergrund jemand hat ...“. Die CORRECTIV-Recherche aber zeigte: In der AfD wird sehr wohl über die Vertreibung von Menschen mit Migrationshintergrund nachgedacht. Die CORRECTIV-Recherche war und ist eine Recherche mit Wirkungsgeschichte: Es kam zu mächtigen Demonstrationen gegen die völkisch-nationalistisch rechtsextremen Pläne. Weit über eine Million Menschen in den Städten und auf dem Land protestierten.

Bei der erwähnten Konferenz in Potsdam trat ein Mann namens Martin Sellner auf, ein führender österreichischer Rechtsextremist und Ideologe der identitären Bewegung, der seinen „Masterplan“ zur Bewahrung der „ethnokulturellen Identität“ vorstellte – welcher auf Vergrämung, Verleumdung und Vertreibung hinauslief. Dieser Martin Sellner ist der ideologische Enkel des Juristen Carl Schmitt, gegen den seinerzeit der Sozialdemokrat Schmid die „O“-Mauer errichtete; dieser Carl Schmitt galt dem Carlo Schmid als Luzifer der deutschen Staatsrechtswissenschaft. Dieser Luzifer hatte die antisemitischen Nürnberger Rassegesetze als eine „Verfassung der Freiheit“ gefeiert. Von Schmitt stammt der Satz, die staatliche Autorität beweise sich darin, dass sie, um Recht zu schaffen, nicht recht zu haben brauche. In diesem Satz pries er den „Führer“ als den Hüter der Verfassung. Kurz nach dem Inkrafttreten des Grundgesetzes, am fünften Jahrestag des gescheiterten Attentats auf Hitler, schrieb Luzifer Schmitt in sein Tagebuch: „Bei der Lektüre des Bonner Grundgesetzes überfällt mich die Heiterkeit eines allwissenden Greises.“

Dieser Mann, der da über die Mühen der Mütter und Väter des Grundgesetzes ein wenig überheblich grinste, dieser Mann, der mit dem grandiosen Artikel 1 des Grundgesetzes nicht viel anfangen konnte; dieser Mann, dem die Würde des Staates sehr viel wichtiger war als die Würde des Menschen - er galt und gilt als der Kronjurist des NS-Reiches. Trotzdem wurde er noch in den Nachkriegsjahrzehnten von vielen Verfassungsrechtlern wie ein juristischer Prophet verehrt. Sein Geraune findet heute seinen Widerhall in den Zirkeln und den Ideologie-Fabriken der AfD.



CORRECTIV hat diesen Widerhall aufgezeichnet und analysiert. CORRECTIV hat damit die Grundlage geliefert für eine grundlegende öffentlich politische Auseinandersetzung. Das ist wunderbar, das verdient höchsten Respekt, das verdient den Carlo-Schmid-Preis.

Guter Journalismus ist ein Journalismus, bei dem die Journalisten wissen, dass sie eine Aufgabe haben - und dass diese Aufgabe mit einem Grundrecht zu tun hat: Artikel 5 Grundgesetz, Pressefreiheit. Nicht für jeden Beruf gibt es ein eigenes, ein ganz spezielles Grundrecht, genau genommen nur für einen einzigen: Artikel 5 - das verpflichtet! Das verpflichtet zur Sachkunde, die sich mit Souveränität, Ausdauer, Neugierde, Sorgfalt und Aufklärungsinteresse paart.

Als in den ersten Tagen der deutschen Demokratie, im Jahr 1832, im Jahr des Hambacher Festes, die Regierung des bayerischen Königs die Druckerpresse eines Journalisten und Verlegers Siebenpfeiffers versiegelte, verklagte dieser Demokrat die Regierung mit dem Argument: Das Versiegeln von Druckerpressen sei genauso verfassungswidrig wie das Versiegeln von Backöfen. Das ist ein

wunderbarer Satz, weil darin die Erkenntnis steckt, dass Pressefreiheit das tägliche Brot ist für die Demokratie. Das ist die demokratische Ur-Erkenntnis: Pressefreiheit ist das tägliche Brot für die Demokratie. CORRECTIV gehört zu denen, die dieses Brot backen.

Die Wahrheit soll ans Licht. Aber wenn der Journalismus bei der Aufdeckung stehen bleibt, macht er nur die halbe Arbeit. Die Aufdeckung von Skandalen, die Aufdeckung von kriminell und verfassungsgefährlichem Handeln hat oft Krisen zur Folge: Staatskrisen, Parteienkrisen, die Krisen einer Bank, die Krisen eines Unternehmens. Denken wir an die diversen Parteispenskandale, denken wir an Korruptionsskandale und an gewaltige Steuerbetrügereien, wie sie der Gegenstand der Cum-Ex-Geschäfte waren

und sind. Aber nicht solche Krisen sind gefährlich, gefährlich ist das Versagen von Gesellschaft und Politik bei ihrer Aufarbeitung und Bewältigung. Guter Journalismus geht daher über das Aufdecken hinaus. Er ist Moderator und Motor für Veränderungen. Das ist so wichtig wie das Aufdecken. Das ist Pressefreiheit. Das ist praktizierter Gemeinnutz. CORRECTIV hat, rechtzeitig zum Grundgesetzjubiläum, mit der Recherche zu den rechtsextremen Vertreibungsplänen, den Blick auf den Artikel 1 des Grundgesetzes gelenkt. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“:

Im Grundgesetz ist verfügt, dass nichts und niemand diesen Artikel 1 ändern kann: Kein Befehl der Welt, keine Mehrheit, und sei sie noch groß, reicht dafür aus, diesen Satz zu revidieren, nicht einmal eine Zweidrittelmehrheit. Die Menschenwürdegarantie ist nämlich der Kern der Verfassung; dieser Kern soll, dass besagt die sogenannte Ewigkeitsklausel, unantastbar sein und unantastbar bleiben. Jeder Aushöhlung dieses Kerns muss entgegen gewirkt, jede Attacke auf diesen Kern muss abgewehrt werden. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ steht da – des Menschen. Da steht nicht die Würde des deutschen Menschen. Da steht nicht die Würde des Nicht-Migranten. Da steht auch nicht die Würde des arbeitsfähigen und arbeitswilligen Menschen.

Warum betone ich das so? Weil es die Rechtsextremisten gibt, die sich aussuchen wollen, welche Menschen man für würdig halten will. Die Würde des Menschen ist unantastbar - das ist nicht einfach nur schönes Verfassungspathos, das hat Auswirkungen auf die aktuellen Debatten darüber, wie der Rechts- und Verfassungsstaat mit denen umgehen soll, die dieses höchste aller Grundrechte verachten. Gewiss:



Diese Preisverleihung ist kein Seminar darüber, ob und wann man eine Partei verbieten und ob und wann man einem Neonazi die Wählbarkeit aberkennen soll. Aber gleichwohl drängt es mich, eines zu sagen: Der Schutz der Menschenwürde steht nicht unter dem Vorbehalt von dreißig oder fünfunddreißig Prozent Stimmen für eine Partei oder eine Person zum Beispiel in Thüringen. Im Gegenteil: Je stärker die Unterstützung für eine Politik und eine Partei ist, die die Menschenwürde angreift, umso wichtiger ist es, die Waffen der wehrhaften Demokratie zu entrostet. Wenn ein Politiker Hunderttausende Menschen, die in Deutschland leben, aus dem Land treiben will, muss man ihn mit den Mitteln des Grundgesetzes aus dem Parlament und aus der Politik vertreiben.

Der Artikel 21 Absatz 2 des Grundgesetzes, in dem das Parteiverbot geregelt ist, und der Artikel 18, in dem es um die Grundrechtsverwirkung geht, sind so etwas wie der Personenschutz der Menschenwürde. Es wäre eine Narrheit, auf den Personenschutz gerade dann zu verzichten, wenn er am nötigsten ist. Es ist das Verdienst von CORRECTIV, die Debatte über diesen Personenschutz, die Debatten über die Wehrhaftigkeit der wehrhaften Demokratie, befördert zu haben.

Eine Politik, die die unantastbare Würde aller Menschen infrage stellt, eine Politik, die sich die Menschen aussuchen will, denen sie die Würde zuspricht – eine solche Politik ist bösartig und hochgefährlich. Das Grundgesetz hat eine klare Botschaft: „Nie wieder“. Dies ist Inhalt und Gehalt der bundesdeutschen Demokratie. Deswegen steht die Menschenwürde an der Spitze dieser Verfassung.

Deshalb liegen in dieser Verfassung die Waffen zur Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaat bereit. Deswegen müssen diese genutzt werden, wenn es nottut; und es tut not. Demokratie ist ja viel mehr als ein Abstimmungssystem, sie ist ein Wertesystem. Wenn eine Partei und ihre Politiker diese Werte massiv bekämpfen, dann ist es Zeit für die demokratische Mobilmachung. Man darf nicht warten, bis Neonazis die Parlamente dirigieren, die Lehrpläne an den Schulen diktieren, bis sie ihr braunes Personal an die Schaltstellen der Gerichte und der Verwaltung schicken und den Verfassungsschutz nach ihrem Gusto umbauen. Natürlich verschwinden extremistische Einstellungen nicht mit einem Verbot der Wählbarkeit von Höcke & Co. Aber damit bricht man diesen Einstellungen die Spitze.

Der Artikel 18 Grundgesetz, mit dem die Aberkennung des Wahlrechts und der Wählbarkeit von extremistischen Politikern möglich ist, gehört zu dem, was man den kleinen Widerstand nennt. Dieser kleine Widerstand ist geboten, auf dass nie mehr der große Widerstand erforderlich wird. Das große Widerstandsrecht ist im Artikel 20 Absatz 4 des Grundgesetzes so formuliert: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“ Dieser Satz stand nicht von Anfang an im Grundgesetz, er kam erst 1968 mit der Notstandsverfassung hinein. In diesem Widerstandsartikel steckt die Aufforderung, es nicht so weit kommen zu lassen, dass es den großen Widerstand braucht; dieser Artikel ist also auch die Aufforderung zum kleinen Widerstand. Mit diesem kleinen Widerstand feiert man das Grundgesetz.



Unser Preisträger, das Recherchezentrum und Medienhaus CORRECTIV mit seinem Chef David Schraven und den Chefredakteuren Olaya Argüeso und Justus von Daniel, ist eine gemeinnützige GmbH. Aus der Gemeinnützigkeit folgen steuerliche Vorteile. Die Kritiker und Gegner von CORRECTIV versuchen daher, an der Gemeinnützigkeit zu sägen. Bei der Fact-Checking-Plattform „Volksverpetzer“ hatten sie damit kürzlich Erfolg. Der Volksverpetzer“ bezeichnet sich auf der eigenen Website als „Anti-Fake-News-Blog“. Er engagiert sich gegen Hass, Hetze, Fake News und Verschwörungsmymen. Ziel sei es, Behauptungen von Extremisten und Verschwörungsideologen etwa durch Faktenchecks zu entkräften. Gleichwohl: Das Finanzamt Augsburg hat dem Volksverpetzer den Status als gemeinnützig abgesprochen ... so wie das auch 2019 dem globalisierungskritischen Verein Attac passiert ist. Das Schwert schwebt auch über CORRECTIV.



Es darf nicht sein, dass die Zivilgesellschaft im 21. Jahrhundert noch so geschurigelt werden kann. Sebastian Unger, Professor für Wirtschafts- und Steuerrecht an der Ruhr-Uni in Bochum fordert daher, „die im Mittelpunkt der Gemeinnützigkeit stehende steuerbegünstigte Teilhabe an der Gemeinwohlverwirklichung insgesamt auf ein gleichheitsrechtlich solides Fundament zu stellen“. Der Gesetzgeber hat das bisher nicht geschafft. Das Demokratiefördergesetz ist bisher nicht verabschiedet worden. Wenn es diesen Namen Demokratiefördergesetz verdienen will, muss es die respektvolle und vielstimmige demokratische Debatte fördern.

Unstrittig förderungswürdig ist nach geltendem Recht das „Brauchtum, einschließlich des Karnevals, der Fastnacht und des Faschings“. Der nie ganz ernstgemeinter Rat an politisch engagierte Initiativen, Vereine und Stiftungen müsste also lauten: Narrenkappe aufsetzen, Flugblätter mit „Alaaf“ und „Helau“ unterzeichnen und bei Demonstrationen Konfetti werfen. Das ist aber kein Gaudium, das ist Unfug. Ein neues Recht, das die Demokratie fördern will, muss also ausdrücklich die streitige und streitbare Demokratie fördern. Die geltenden Regeln

der Gemeinnützigkeit beschränken die gemeinnützige Demokratiearbeit auf Gemeinschaftskunde, also etwa darauf, die Funktionsweise des Bundestags oder des Weltsicherheitsrats zu erklären. Das riecht nach Auerbachs Keller.

Politisch Lied ist kein garstig, sondern ein gutes Lied. Das überkommene Gemeinnützigkeitsrecht hängt, ich kritisiere das heftig, einem überkommenen, demokratiefernen Staatsverständnis nach. Politik ist doch in einer Demokratie eben nicht nur Sache des Staates und der Parteien. Gewiss: Letztere wirken, laut Grundgesetz, an der politischen Willensbildung mit, sie sind aber nicht allein dafür zuständig. Auch die Zivilgesellschaft ist zuständig – so steht es übrigens im Artikel 11 des EU-Vertrages.

Politische Bildung ist nicht abstrakt, sie ist konkret. Sie verlangt, Bürgerinnen und Bürger nicht zu Bittstellern der Demokratie zu degradieren. Kluge, kompetente politische Bildung muss motivieren, ermutigen und wachrütteln, sie darf nicht steuerrechtlich eingeschüchtert werden. Mehr Demokratie wagen – das gilt, mehr als 50 Jahre nach Willy Brandt, immer noch. Das heißt: Gemeinnützigkeit muss demokratiefreundlich definiert werden. Dazu gehört dann freilich auch Transparenz: Politisch tätige gemeinnützige Akteure müssen dann große Spenden offenlegen.

Politische Bildung und politische Kultur fangen dort erst richtig an, wo die blanke Information aufhört. Dieser richtige Anfang, jenseits der bloßen Information, verdient steuerliche Förderung, denn: Demokratie muss gelernt werden, immer und immer wieder. Sie ist ein täglicher Akt der Beteiligung. „Wer glaubt, er könnte durch Aneignung bestimmter Regeln ausreichend über das Wesen der Demokratie Bescheid wissen, unterliegt einer Täuschung“, hat der Philosoph Oskar Negt trefflich formuliert. Demokratie ist kein bloßes Regelsystem, sie ist eine Werte- und Lebensordnung. Sie ist ein lebenslanges Lernsystem. Alles, was diesem Lernen dient, ist gemeinnützig. Wenn das Steuerrecht die Gemeinnützigkeit von demokratisch-rechtsstaatlicher Arbeit nicht anerkennt, ist das gemein und nicht nützlich.

Mich erinnern die geltenden demokratieunfreundlichen Regularien und Paragraphen im Steuerrecht an eine Szene aus dem Film „Amadeus“. Die Zeitschrift Rolling Stone hat diesen Film über das Leben von Wolfgang Amadeus Mozart aus der Sicht seines Konkurrenten, des Wiener Hofkomponisten Antonio Salieri, als den „vielleicht besten Film“ bezeichnet, „der je über Musik gemacht worden ist“. Der mit acht Oscars ausgezeichnete Film des Regisseurs Miloš Forman stammt aus dem Jahr 1984, ist also vierzig Jahre alt und nicht mehr so ganz frisch. Aber es gibt darin eine Szene, die immer frisch bleibt, die man nie mehr vergisst: Kaiser Joseph II., der Sohn von Maria Theresia, sitzt in der Uraufführung von Mozarts komischer Oper „Entführung aus dem Serail“ – und der 26-jährige Komponist wartet nach der Aufführung gespannt und begierig auf die Reaktion seines Auftraggebers. Der ringt nach Worten und fasst dann sein majestätisches Urteil wie folgt zusammen: „Zu viele Noten, lieber Mozart.“ Und der Regent setzt hinzu: „Streich er einige weg, und es ist richtig.“ Dem Kaiser war das Mozart'sche Singspiel, verglichen mit der damaligen Operntradition, zu vielstimmig.

Im Film ist diese Szene von beklemmender Komik, weil heute jeder weiß, welch grandioses Werk Mozart geschaffen hat. Mir fällt diese Szene ein, wenn ich die Urteile zur Förderung von Vereinen lese. Diese Urteile laufen darauf hinaus, dass Vereine in Deutschland nicht „zu viel Politik“ machen sollen, dass sie also nicht „zu politisch“ sein dürfen. Politische Debatten, politische Ziele: Sie sind angeblich schädlich. „Streich er einige weg, und es ist richtig“ – dann wirst du gefördert. Dabei besteht doch, um im Bild zu bleiben, Demokratie in der Vielstimmigkeit, darin, dass es ganz viele Noten, dass es ganz viele Meinungen gibt.

Ich meine: Förderungswürdig sind auch Akteure, deren Ziele man gar nicht teilt. So ist es eben in einer Demokratie: Die einen halten die Globalisierungskritiker, die gegen den Finanzkapitalismus streiten, für Chaoten. Die anderen halten die sogenannten Lebensschützer, die gegen Abtreibung kämpfen, für Spinner. Aber: Auch die Ansichten, die die Mehrheit für verquer hält, gehören zum demokratischen Diskurs und sind daher nützlich. Eines geht freilich nicht: Grundrechtsfeindlichkeit und Gemeinnutz – das geht nicht zusammen. Wer Konzepte verfehlt, die auf rassistische Diskriminierung zielen, wer gegen Minderheiten hetzt, wer aggressive völkische Positionen in die Politik pumpt - der soll das nicht auch noch mit steuerlicher Förderung und unter den Dächern und in den Räumen des demokratischen Gemeinwesens tun. Warum nicht? Weil die Würde des Menschen unantastbar ist.

CORRECTIV hat mit seiner Recherche klar gemacht, dass der Verfassungssatz von der Unantastbarkeit der Menschenwürde nicht einfach nur Verfassungspathos ist. Er ist der Haupt-, Eingangs- und Fundamentalsatz des Grundgesetzes, er ist zentral für unseren demokratischen Rechtsstaat, er ist zentral für den demokratischen Diskurs, er ist zentral für das Nachdenken über politische Bildung. Für diesen Akt der Bewußtmachung hat CORRECTIV diesen Preis verdient. CORRECTIV ist, zu Recht, schon oft ausgezeichnet worden. Dieser Preis, der den Namen von Carlo Schmid trägt, ist aber eine ganz besondere Auszeichnung. Es ist der Preis mit dem „o“. Es ist der Preis, hinter dem ein demokratisches Motto steht, das Carlo Schmid geprägt hat: Wir alle sind die Brandmauer!

Andreas Stoch

Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD Baden-Württemberg

Rede zur Verleihung des Preises

Lieber Peter Kurz, liebe Mitglieder des Kuratoriums, liebe Preisträger, sehr geehrter Herr Prof. Heribert Prantl, meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich kann gar nicht sagen, wie sehr ich mich freue, heute hier in Mannheim aus Anlass der Verleihung des Carlo-Schmid-Preises vor Ihnen zu stehen.

Die Carlo-Schmid-Stiftung ist eine Stiftung, die sich der Pflege des Erbes und der Erinnerung an Carlo Schmid verschrieben hat, die aber eben auch das Weitertragen des moralischen, philosophischen und ethischen Erbes von Carlo Schmid in ihren Aufgaben trägt. Und deswegen sind wir sehr stolz, heute diese Veranstaltung durchzuführen.

Corona hat es uns in den letzten Jahren unmöglich gemacht, diesen wichtigen Preis zu verleihen. Deshalb sind wir heute alle zusammengekommen. Wir haben gerade alle gehört, und ich denke, lieber Herr Professor Prantl, Sie haben es in hervorragender Weise geschafft, die Person Carlo Schmid, das "O" der Brandmauer, mit den heutigen Preisträgern, dem Medienhaus CORRECTIV, in Verbindung zu bringen.

Es wurde deutlich, wie wichtig gerade in diesen Tagen, Wochen und Monaten ein solcher Termin, eine solche Preisverleihung ist, um klarzumachen, wofür Menschen wie Carlo Schmid nach dieser schrecklichen Zeit der nationalsozialistischen Diktatur standen – auf dem Weg in eine freiheitliche, rechtsstaatliche Demokratie. Und gleichzeitig deutlich zu machen, dass diese freiheitliche Demokratie nichts Selbstverständliches ist. In diesen Tagen und Wochen sind wir alle gefordert, die Brandmauer gegen jede Art von Demokratiefeindlichkeit zu sein. Wir alle gemeinsam müssen uns dieser Verantwortung bewusst sein.

Es ist mir eine große Ehre, heute den Carlo-Schmid-Preis 2024 zu verleihen. Als Vorsitzender des Kuratoriums der Carlo-Schmid-Stiftung freue ich mich besonders, diesen Preis an eine Organisation zu übergeben, die sich unermüdlich für Wahrheit und Transparenz einsetzt: das Medienhaus CORRECTIV.



In einer Zeit, in der Fake News und Desinformation unsere Gesellschaft herausfordern, leistet CORRECTIV herausragende und unersetzliche Arbeit, um den Menschen, den Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern in diesem Land, die faktenbasierte Grundlage dafür zu geben, verantwortlich in dieser Demokratie zu entscheiden. Ihr Engagement für investigativen Journalismus, Ihre sorgfältige Recherche und Ihr unermüdlicher Einsatz für die Aufklärung der Öffentlichkeit sind für unsere Gesellschaft von unschätzbarem Wert. Durch Ihre Bemühungen tragen Sie dazu bei, dass Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gestärkt werden.

Durch Ihre Recherchen, durch die Ergebnisse über das Potsdamer Treffen, sind Menschen in diesem Land aufgewacht, sie sind aufgeschreckt, und das ist Journalismus, der wirkt, der etwas bewirkt. Wir alle waren auf Demonstrationen und haben dort Menschen getroffen, die gesagt haben: „Das war das erste Mal, dass ich auf die Straße gehe.“ Ich glaube, dadurch allein war schon spürbar, wie tief die Menschen bewegt hat, was durch Ihre Arbeit veröffentlicht wurde.

Und hier in Baden-Württemberg haben wir im Januar, da gingen die Demonstrationen gerade los, gesagt: Wir müssen mehr tun, als nur Betroffenheit zu zeigen. Wir müssen ein Bündnis gegen Hass und Hetze, gegen Rechtsextremismus, aber vor allem für etwas, für die Demokratie, für Menschenrechte gründen, und zwar um den zentralen Satz des Grundgesetzes herum: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Wir müssen ein solches Bündnis aller gesellschaftlichen Kräfte schaffen.

Wir haben es in Baden-Württemberg geschafft – mit allen demokratischen Parteien, mit allen Religionsgemeinschaften und Kirchen, mit Gewerkschaften und Arbeitgebern. Mit unzähligen Organisationen, inzwischen sind es 120 landesweit tätige Organisationen, die sich diesem Bündnis angeschlossen haben. Auslöser? Die Arbeit von CORRECTIV.

Wir dürfen uns jetzt nicht dem Schrecken ergeben. Wir dürfen uns aber auch nicht in der Resignation ergeben. Es geht jetzt darum, die Menschen davon zu überzeugen, dass die, die in diesem Schafspelz durch unsere Parlamente ziehen, tatsächlich die Wölfe sind, von denen sie selbst damals nach 1933 gesprochen haben. Und der Satz, den Sie von Carlo Schmid zitiert haben, darf nicht vergessen werden, nämlich dass wir keine unnötige Toleranz denen gegenüber zeigen dürfen, die die Demokratie bekämpfen, ja sie sogar töten wollen. Es ist ein Vermächtnis von Carlo Schmid, das gerade in dieser Zeit von ganz besonderer Bedeutung ist.

Und deswegen freut es mich, in diesem Jahr wieder einen Preis im Namen von Carlo Schmid verleihen zu dürfen. Und ich glaube, wir werden auch in den nächsten Jahren Anlässe nutzen müssen, um immer wieder deutlich zu machen, wofür Carlo Schmid stand und wie weit, nämlich bis in unsere Tage hinein, das Erbe Carlo Schmidts reicht. Und deswegen ist es mir eine sehr, sehr große Ehre, gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Carlo-Schmid-Stiftung, Dr. Peter Kurz, heute an CORRECTIV den Preis der Carlo-Schmid-Stiftung für ihren unermüdlichen Einsatz zu verleihen. Ich gratuliere Ihnen herzlich zum Carlo-Schmid-Preis 2024.

Herzlichen Dank und herzlichen Glückwunsch, CORRECTIV!



David Schraven

Gründer und Publisher des Medienhauses CORRECTIV

Rede des Preisträgers

Hier zu stehen, war ein langer Weg für einen Jungen aus Bottrop.

Als ich angefangen habe, Journalismus zu machen, haben mich die einfachen Probleme interessiert. Wasserverschmutzung. Luftverschmutzung. Willi Brandt hat in meiner Jugend gesagt, eines Tages wird der Himmel über dem Ruhrgebiet wieder blau sein.

Geglaubt hat es ihm niemand. Ich auch nicht.



Als ich jung war, habe ich gedacht, die Häuser werden im Ruhrgebiet grau gestrichen – in der Farbe des Himmels, der auch grau war. Erst mit 25 Jahren habe ich begriffen, dass die Farbe des Himmels nicht grau ist, sondern blau. Dass die Häuser weiß gestrichen werden und nur in wenigen Tagen ergrauen, so dreckig war das. Die Emscher war der dreckigste Fluss Europas. Ich habe damals gelernt, dass man etwas ändern kann, wenn man offen anspricht, was schlecht ist. Dass die Leute etwas ändern können, wenn sie wollen. Dass selbst das Unmögliche möglich wird, wenn man es gemeinsam angeht, wenn man sich auf eine gemeinsame Richtung verständigt. Die Zeitungen damals waren voll mit der Debatte um die saubere Ruhr.

Ich habe gelernt, dass sich Dinge zum Besseren wenden können. Das war für mich Journalismus. Dinge ansprechen. Fragen, was ist. Und Probleme aufzeigen, damit sie gelöst werden.

Der Himmel über der Ruhr ist heute blau. Meine Kinder kennen nicht mal mehr die 1000 Feuer in der Nacht. Selbst die Emscher wird sauber. Das ist ein unfassbarer Erfolg im Rückblick.

Ich habe mit 17 Jahren meinen ersten Verlag gegründet. Zu reden und zu schreiben, hieß für mich zu verbessern, wie ich lebe. Das war nicht abstrakt. Das war ganz konkret.

Für mich war deswegen Journalismus immer ein Synonym für Demokratie. Nur wer reden kann, kann sich einbringen. Nur wer sich einbringen kann, kann verändern, sich erheben. Journalisten sind die Menschen, die öffentliche Reden organisieren. Journalisten machen Arbeit sichtbar und erklären Hoffnungen und Wünsche. Journalisten zeigen, was warum passiert. Für mich waren und sind Journalisten die Keilriemen der Demokratie. Ohne Journalismus keine Demokratie und ohne Demokratie kein Journalismus.

Mittlerweile haben das glücklicherweise etliche Studien bewiesen: Wo Journalismus wegbreicht, gedeihen Misswirtschaft und Korruption, gehen Beteiligung und Engagement zurück. Als ich CORRECTIV gegründet habe, konnte ich noch nicht so klar sehen, was kommen wird, aber ich habe die Richtung geahnt. Ich hatte und habe ein Gefühl, das sich aus dieser Geschichte speist.

Erich Brost war Abgeordneter der SPD im freien Danzig. Nach dem Einmarsch der Nazis flüchtete er nach England und arbeitete für die BBC – er war mutig und klar. Nach dem Krieg kam er zurück nach Deutschland und sollte mit Schumacher und Ollenhauer die SPD im Westen wieder aufbauen. Erich Brost hat das nicht getan. Er hat sich stattdessen entschieden, im Westen, im Ruhrgebiet, für die Arbeiter eine Zeitung zu schaffen. Er hat sich für den sozialen Ausgleich eingesetzt und wollte den Arbeitern eine Stimme geben und ihnen die Werte und Chancen einer Demokratie zeigen, damit sie sich nicht wieder von den Nazis verführen lassen. Denn die Faschisten haben den Arbeitern im Ruhrgebiet das goldene Land versprochen, wenn erst die Fremden ausgelöscht sind. Nicht umsonst hießen sie Nationalsozialisten. Und erst mit ihrem Sieg im Westen konnten die Nationalsozialisten Deutschland beherrschen. Für mich lag hier der Auftrag an CORRECTIV für die neue Zeit. Wir müssen das Gute aus der Vergangenheit in die Zukunft tragen: Den Menschen in der Masse Aufklärung bringen, die moderne Technik lernen und zum Nutzen möglichst vieler einsetzen.

Das hört sich pathetisch an. Ist aber trotzdem ernst gemeint. Manchmal bin ich frustriert. Dann denke ich, diese ganzen Kinder der modernen Zeit denken, die Demokratie fällt wie das Geld vom Himmel. Sie schmarotzen die Früchte und sind nicht bereit zu malochen. Ich habe Angst, zu viele sind träge und faul. Sie verspielen den größten Schatz der Menschheit, weil sie lieber Zocken, Kiffen, Schule schwänzen. Dann denke ich, alle haben vergessen, warum wir frei leben dürfen.

Weil vor 500 Jahren die Bauern unter Joß Fritz gegen Obrigkeit und Kirche aufgestanden sind und von den Panzerreitern niedergemacht wurden.
Weil Friedrich Hecker mit der Badischen Republik die Idee der Selbstverwaltung errichtete, bevor die Revolution im Blut erstickt wurde.
Weil die Demokraten gegen Kaiser und Krone aufgestanden sind.

Weil ein paar Jungs aus Ohio bereit waren, am Omaha Beach in einer Reihe mit Millionen anderen freier Menschen für diese große Idee zu sterben.

Wir stehen auf den Schultern dieser Giganten und leben in der freiesten aller denkbaren Welten. Keiner bestimmt, was ich essen soll, was ich denken soll, was ich anziehe. Ich bin frei. Was ist das, Demokratie?

Nur in dieser Staatsform kann ich den Namen der Straße ändern, in der ich lebe. Ich muss nur Mehrheiten finden. Ich kann ein Gesetz zum Verbot von Drogen erlassen oder aufheben. Ich kann Kinderheime bauen und Friedhöfe anlegen. Ich brauche nur Mehrheiten.

Demokratie ist nicht das Große, das Abstrakte. Sondern das Kleine, das Konkrete. Ich kann in meiner Innenstadt ein Theaterstück machen, ein Konzert, ein Café eröffnen oder einfach ein paar Riesenblumenpötte aufstellen mit Olivenbäumen drinnen. Dinger mit vier Meter Umfang. Das hat ein Rentner in Bottrop gemacht, dem das am Herzen lag. Ein Kollege. In meiner Heimat.



Der hat 14 Riesenblumenpötte aufgestellt, gegen den Widerstand der versammelten Ruhrpottbürokratie. Der Rentner ist ein paarundsiebzig Jahre alt. Er hat es geschafft eine Mehrheit zu Überzeugen. Von der Idee bis zur Veränderung können Jahrzehnte vergehen, weil viele Menschen beteiligt sind. Und dann können sich Ideen und Ansätze auch noch ständig ändern, weil wir eben wissen, dass wir als Menschen unperfekt sind. Wir müssen verzeihen und mit Widerspruch klar kommen. Wir haben kein Gott gegebenes Gesetz. Keinen gesalbten Herrscher. Wir haben nur uns selbst.

Trotzdem funktioniert Demokratie, weil wir die menschlichen Fehler in unsere Staatsform eingepreist haben.

So gesehen leben wir im Paradies. Wir können essen, was wir wollen, wir können arbeiten, was wir wollen, wir können unsere Freunde treffen und zusammen feiern. Wir können leben, lesen, lachen. Schaut Euch um. Ist das nicht schön, wenn ihr hier seit. Aber dann habe ich verstanden, dass etwas Schlimmes passiert. Gerade jetzt, jeden Tag. Etwas, das wir übersehen haben, ein Gift, das einsickert. Es geht plötzlich nicht mehr um die saubere Luft über der Ruhr. Um klares Wasser und den besten Umgang mit Blumenpöten.

Es kommt wieder eine Macht. Aus der Tiefe. Eine Macht, die unsere Staatsform ausnutzen will, um uns zu jagen, zu hetzen und zu vernichten.

Es ist eine Macht aus dem Inneren und dem Äußeren. Eine düstere Macht. Eine unerkannte Macht. Und diese Macht will unser Leben zerstören. Sie lastet wie ein Alp auf unserer Brust.

Wir vergessen manchmal, dass es in Europa einen großen Krieg gibt. Zu glauben, dass dieser Krieg nur in den ukrainischen Dörfern hinter dem Horizont stattfindet, ist naiv.

So naiv, wie die Gedanken der Deutschen, die 1916 dachten, der Krieg finde nur in Flandern statt und das Kaiserreich halte ewig.

1916 war das Schicksal Deutschlands schon besiegelt. Die Zukunft war entschieden.

Ich spüre, dass sich etwas ändert. Wir Journalisten sind Demokratiewerker. Wir müssen das Gedachte aussprechen.

Es geht jetzt um alles. In Frankreich kommt LePen. In Thüringen Höcke. In den USA Trump. Die transatlantische Partnerschaft steht auf dem Spiel. Nichts ist sicher, nichts ist gottgegeben. Unsere Demokratie nicht – und auch nicht die Deutsche Einheit. Die Tschechoslowakei ist zerfallen in die westliche Tschechei und die heute Putinhörige Slowakei. Auch uns kann das Schicksal drohen. Im Osten ist die Stalinistin Sarah Wagenknecht stark und die Putinpartei der AfD wächst.

Ich frage mich, welche Zukunft wird gerade jetzt für uns gebaut. auf den ukrainischen Schlachtfeldern entschieden? Und was können wir tun?

Wir als Journalisten müssen das alles herausfinden und berichten. Wir müssen reingehen und erklären was da passiert, damit wir alle darüber reden können, was wir ändern müssen.

Vor diesem Hintergrund haben wir die Recherche zum Geheimplan gemacht.

Wir wagen alles, was Journalisten wagen können.

Wir wehren uns mit den Mitteln der Aufklärung.

Wir schreiben und berichten. Wir bilden mit unserer Jugendredaktion Kids aus, damit sie teilhaben können. Wir bilden mit unserer Reporterfabrik und unserer Medienakademie über zehntausende Menschen in Städten und Dörfern aus. Wir entwickeln Technologien zur Bürgerbeteiligung. Wir sind lokal aktiv und engagieren uns in Europa.

Wir träumen von einer redaktionellen Gesellschaft, in der jeder Mensch Informationen sammeln, verarbeiten und verbreiten kann.
Wir geben keinen Quadratzentimeter auf.
Wir läuten die Feuerglocken.
Vor Potsdam haben sich die Faschisten in der AfD getarnt. Und verhüllt. Einzelfälle waren das. Mausgerutschtes.
Wir konnten ihnen diese Maske herunterreißen.
Die Faschisten sind in der AfD haben in Potsdam über die Vertreibung von Millionen Deutschen gesprochen, die ihnen nicht passen. Sie haben Bilder benutzt aus der Nazizeit. Redeten von einem Staat in Afrika, von Remigration.
Millionen Menschen gingen danach auf die Strasse.
Wir sehen, dass nicht alle träge und faul sind. Im Gegenteil: Viele Millionen sind bereit, für die Demokratie zu streiten. Tausende auf den Strassen in Leipzig, Bremen, Stuttgart oder Bottrop. Selbst in Bocholt gingen Menschen auf die Straße. In Bocholt. Die Mitte der Gesellschaft hat sich geeint und gezeigt.
Die Menschen sind bereit, wenn sie gerufen werden. Es muss sie nur jemand rufen.
Auf uns kommen düstere Zeiten zu.

Wir müssen gewinnen.
Wir müssen verhindern, dass die Faschisten die Macht in unserem Land bekommen.
Wir müssen verhindern, dass sie unser Land spalten, Europa kaputt machen und den Wohlstand unserer Kinder und Kindeskiner zerstören.
Wir müssen verhindern, dass Krieg und Leid über das Land kommen.
Wir müssen uns gegen die Bedrohung durch die Verbündeten der Faschisten aus Russland und China zur Wehr setzen. Auch wenn das schwer zu ertragen sein wird.
Sie greifen an.

Und sie meinen, was sie sagen.
Diesmal haben wir die Bücher der Faschisten vor der Machtergreifung gelesen.
Sie wollen die universellen Menschenrechte abschaffen, Millionen vertreiben und Deutschland unter die Vorherrschaft von Putins Russland bringen.

Das ist die Wahrheit.

Wir als Journalisten bei CORRECTIV schreiben, bilden, klären auf, solange wir können.
Damit niemand sagen kann, er hat es nicht gewusst.



Luise Lange-Lettelier

Leiterin Kommunikation & Fundraising

Rede der Preisträgerin

Vielen Dank für diese Auszeichnung. Das ist ein ganz, ganz besonderer Moment auch für uns und es ist schwer, diesen Dank und diese Wertschätzung und all das, was wir hier heute gehört haben, noch mal in Worte zu fassen.



Im Journalismus gibt es tatsächlich sehr viele Preise für Texte, die besonders gut geschrieben sind, für Beiträge, die besonders gelungen produziert sind und verstehen Sie mich nicht falsch, diese Preise nehmen wir gerne an und trotzdem geht es hier und heute und weit darüber hinaus um sehr viel mehr. Es geht um unsere Demokratie. Es geht um das "O". Und deshalb sagen wir danke von ganzem Herzen für diese Auszeichnung.

Und gerade in Zeiten, in denen Journalisten und auch wir bei CORRECTIV immer wieder und immer öfter zur Angriffsfläche von Hass und von antidemokratischer Hetze werden sind genau solche Momente und Räume wie dieser und Gesichter, in die wir schauen, wie diese hier von Demokraten und Demokratinnen, eine Motivation, die wir bestimmt und sicher weit über diesen Tag hinausragen werden.

Hinter diesen sehr deutlichen Worten steht unsere Vision von CORRECTIV. Wir möchten eine demokratische Welt mitgestalten, die auf Argumenten beruht, in der Verantwortung für Handeln übernommen wird. In der sich alle Menschen – auch die vermeintlich Schwächeren – sicher fühlen. Eine Welt, in der sich jeder informieren kann und weiß, wie er oder sie seine Stimme einbringen kann. In der Menschen redaktionell ermächtigt sind. Vor ziemlich genau 10 Jahren hat ein kleines Team von sieben Personen in unserem ersten Büro in der Nähe vom Alexanderplatz Ikea-Regale zusammengeschraubt. Die große Vision gab es schon damals. Den Weg bis heute hätte wohl keiner vorhersehen können.

CORRECTIV ist als gemeinwohlorientiertes Medienhaus etabliert. Der Junge aus Bottrop ist unser Publisher, aus den ersten sieben ist ein Team aus über 120 Menschen geworden. Wir arbeiten an 6 Standorten in Deutschland und der Schweiz, in 18 Teams in unterschiedlichsten Disziplinen.

Und im Kern unserer Arbeit steht eben immer der Einsatz für die Demokratie. Dafür müssen wir Dinge manchmal anders denken, als sie bisher gemacht wurden. Unsere Redaktion hat sich dem investigativen Journalismus verschrieben. Für mich als Nicht-Journalistin ist immer wieder faszinierend, wie akribisch sich meine Kolleginnen und Kollegen in Akten einwühlen, Daten auswerten und weiter bohren, bis sich ein Anfangsverdacht erhärtet und der systemische Missstand sichtbar wird. Das ist das Handwerk von Reporterinnen und Reportern, doch bei CORRECTIV gehört eben auch dazu, mit Menschen ins Gespräch zu kommen. Erst nach den Sorgen rund um Mieten, Kitas oder andere Lebenslagen zu fragen. Und dann über tiefgehende Recherchen einen Raum für Austausch zu schaffen.

Zu CORRECTIV gehört auch, dass wir daran glauben, dass dieses Handwerk jede*r beherrschen kann. Mit unserer Reporterfabrik haben wir Europas größte Medienbildungsplattform aufgebaut. Hier können alle lernen, wie man gute Quellen erkennt, wie man Falschmeldungen entlarvt oder einfach nur, wie man einen guten Liebesbrief schreibt. In der Jugendredaktion Salon5, lernen Jugendliche und die nächste Generation wie Journalismus funktioniert und dass es manchmal nicht mehr braucht als die eigene Stimme und ein Handy zum Aufnehmen. Die technischen Entwicklungen, die wir aufgesetzt haben, um unsere Ideen von einem zugänglichen Journalismus möglich zu machen, sind heute Produkte, die auch von anderen Redaktionen genutzt werden können. Unser Wissen dazu geben wir weiter, um beispielsweise auch Gründungen im Lokalen leichter zu machen. .

Soweit so gut. Und jetzt?

Die Lage ist verdammt ernst: Demokratien sind das erste Mal seit über 20 Jahren wieder rückläufig. Demokratie wird von einer Mehrheit im Osten Deutschlands abgelehnt. Im Westen erodieren die Gewissheiten. Der Rechtsruck ist da – im Lokalen, in ganz Deutschland und in Europa. Und gleichzeitig sind wir mitten in den wichtigsten Dekaden, die für Zukunftsgestaltung bleibt. Die nächsten Jahre werden entscheidend sein, um die Klimakrise noch in den Griff zu bekommen. Wir stehen vermutlich vor der nächsten industriellen Revolution, durch die Entwicklung in der künstlichen Intelligenz, die gezielt gestreut wird, um Unsicherheit und Hass zu streuen und uns als Gesellschaft auseinander zu treiben.

Wir müssen Antworten finden. Ohne Fakten, ohne Streit, ohne konstruktive Auseinandersetzung bekommen wir das nicht hin. Ohne Demokratie bekommen wir das nicht hin. Das Internet ist geflutet von Desinformation. Deshalb haben wir uns bei CORRECTIV einiges vorgenommen:

Wir werden Desinformation eindämmen – vielleicht nicht, indem wir die Absender abstellen, aber indem wir die Nachfrage austrocknen.

Wir werden hartnäckig auf systemische Missstände schauen, aber auch auf ihre Lösungen.

Wir werden es den Rechtsextremen ungemütlich machen mit unseren Recherchen.

Wir sind hellwach und werden nicht müde.

Danke an alle, die uns auf diesem Weg begleiten und unterstützen.



Impressionen von der Preisverleihung



Impressionen von der Preisverleihung



Bisherige Preisträgerinnen und Preisträger der Carlo-Schmid-Stiftung

- 1989 Klaus von Bismarck
- 1991 Dr. Manfred Stolpe
- 1993 Daniel Goeudevert
- 1995 Lilli Gruber
- 1996 Jacques Delors
- 1998 Helmut Schmidt
- 2001 ARTE
- 2004 Deutsch-Polnisches und Deutsch-Französisches Jugendwerk
- 2006 Robert-Bosch-Stiftung und Hertie Stiftung
- 2008 Hans-Dietrich Genscher
- 2010 Prof. Dr. Werner Spies
- 2014 Jean-Marc Ayrault
- 2018 Joachim Gauck

Sehr geehrte Freunde und Förderer,

unsere Stiftung erinnert an das Lebenswerk von Carlo Schmid und finanziert ihre Arbeit aus Spenden. Diese sind steuerbegünstigt.

Ihr Hilfe wird dankbar begrüßt!

Sie helfen uns, die Aktivitäten der Stiftung auszubauen.

Bankverbindung: BW-Bank

IBAN DE 95 6005 0101 7449 9033 14

BIC SOLADEST600

Carlo Schmid - Leben und Beruf

Carlo Schmid (als **Karl Johann Martin Heinrich Schmid** * 3. Dezember 1896 in Perpignan/Frankreich; † 11. Dezember 1979 in Bad Honnef) war ein deutscher Politiker (SPD) und renommierter Staatsrechtler.

Leben und Beruf

Die frühen Jahre

Carlo Schmid wurde 1896 in Perpignan (Südfrankreich) geboren. Sein aus Württemberg stammender Vater Joseph Schmid arbeitet dort als Privatgelehrter und als Dozent an der Universität Toulouse, die Mutter Anna Erra war Französin. Seine Kindheit verbrachte Schmid in Weil der Stadt, wohin die Familie ein Jahr nach seiner Geburt übersiedelte. Dort war sein Vater fünf Jahre lang Schulleiter und Lehrer der Realschule. 1908 zog die Familie nach Stuttgart um, wo Schmid das humanistische Karls-Gymnasium besuchte und im Frühjahr 1914 das Abitur ablegte. Er nahm von 1914 bis 1918 als Soldat am Ersten Weltkrieg teil, wo er u. a. bei Verdun kämpfte. Danach absolvierte er ab 1919 ein Studium der Rechts- und Staatswissenschaften an der Eberhard Karls Universität Tübingen, das er 1921 mit dem ersten und 1924 mit dem zweiten juristischen Staatsexamen beendete. 1923 erfolgte mit der Arbeit „Die Rechtsnatur der Betriebsvertretungen nach dem Betriebsrätegesetz“ seine Promotion zum Dr. jur.

Er ließ sich zunächst als Rechtsanwalt in Reutlingen nieder, trat aber schon 1925 als Gerichtsassessor in den Justizdienst des Landes Württemberg ein. Von 1927 bis 1931 war er als Richter am Amtsgericht und später als Landgerichtsrat in Tübingen tätig.

Von 1927 bis 1928 war er für eine Tätigkeit als Referent am Kaiser-Wilhelm-Institut für ausländisches Öffentliches Recht und Völkerrecht in Berlin beurlaubt. 1929 erfolgte seine Habilitation mit einer Arbeit über die Rechtsprechung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes an der Eberhard Karls Universität Tübingen, wo er seit 1930 als Privatdozent tätig war. 1931 und 1932 übernahm er die Leitung des Lagers vom Freiwilligen Arbeitsdienst.

Während des Nationalsozialismus

Nach der Machtübernahme durch die NSDAP gründete er mit Kollegen und Studierenden in Münsingen einen Freiwilligen-Arbeitsdienst, in welchem arbeitslose Jugendliche zusammen mit Studenten in einem Steinbruch arbeiteten. Hintergrund war die Hoffnung Schmidts, durch persönlichen Einsatz die Jugendlichen nicht der radikalen Massenbewegung im Nationalsozialismus zu überlassen.

1933 erhielt Schmid Personalakte auf Grund seiner Tätigkeiten einen Sperrvermerk. Um einer Entlassung zu entgehen, trat er dem Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen bei. Öffentlich bezeichnete er dennoch den Nationalsozialismus als Philosophie von Viehzüchtern, angewandt am verkehrten Objekt. Nur durch Unterstützung eines NS-Studentenführers konnten schwerwiegende Konsequenzen verhindert werden. 1940 wurde er zur Wehrmacht einberufen und war bis 1944 als juristischer Berater der Oberfeldkommandantur in Lille/Frankreich zugeteilt, wo er sich vielfach für die Bevölkerung einsetzte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach Kriegsende bildete Schmid einen Arbeitsstab und war an der Wiedereröffnung der Eberhard Karls Universität Tübingen maßgeblich beteiligt. Sein Verdienst war die Berufung von z. B. Romano Guardini, Wilhelm Weischedel, Eduard Spranger, Alfred Kühn oder Adolf Butenandt an die Universität, die ihm außerdem eine nicht willkürlich vorgenommene Entnazifizierung verdankt.

Zur Zeit der französischen Besatzung, im Oktober 1945, trat Schmid an die Spitze der provisorischen Regierung, des „Staatssekretariats für das französisch besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollerns“.

In den Jahren 1946 bis 1953 wirkte er als Professor für Öffentliches Recht in Tübingen und wurde nach einer für die Sozialdemokratische Partei verlorenen Wahl 1947 Stellvertretender Staatspräsident und Justizminister von Württemberg-Hohenzollern.

Diese Ämter übte er bis 1950 aus.

1949 gründete Schmid, unter Mithilfe von Theodor Eschenburg, gemeinsam mit Heinrich Hartmann und Henri Humblot den Internationalen Bund (IB), der nach dem Vorbild des Freiwilligen Arbeitskreises Jugendlichen eine Chance zur Weiterbildung ermöglichen soll.

1953 folgte er dem Ruf der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main auf den Lehrstuhl für Politische Wissenschaften.

Daneben betätigte sich Schmid als Übersetzer der Werke von Machiavelli, Baudelaire und Malraux. Sein Nachlass wird im Archiv der sozialen Demokratie verwaltet.

Partei

Nach dem Krieg wurde Schmid Mitglied der SPD. Von 1946 bis 1952 war er SPD-Landesvorsitzender in Württemberg-Hohenzollern. Von 1947 bis 1970 war er Mitglied im SPD-Parteivorstand. Von 1958 bis 1970 gehörte er außerdem dem Präsidium der SPD an und war maßgeblich an der Ausarbeitung des Godesberger Programms beteiligt. Innerhalb der SPD gehörte er zu den Verfechtern des Mehrheitswahlrechts.

Schmid gehörte mit Fritz Erler, Herbert Wehner und Willy Brandt zum sogenannten Frühstückskartell der SPD, das sich bis 1958 mit seinen Vorstellungen einer Parteireform durchsetzte.

1961 und 1965 gehörte Schmid zur Regierungsmannschaft von Willy Brandt für den Fall eines Regierungswechsels. Er war jeweils als Außenminister vorgesehen.

Abgeordneter

1947 wurde Schmid in den Landtag von Württemberg-Hohenzollern gewählt, dem er bis zur Eingliederung des Landes nach Baden-Württemberg am 17. Mai 1952 angehörte.

Bereits im August 1948 wirkte Carlo Schmid in der Herrenchiemsee-Verfassungskonferenz, die das spätere Grundgesetz in die Wege leitete, sehr maßgeblich mit.

Von 1948 bis 1949 war er Mitglied des Parlamentarischen Rates und hier Vorsitzender der SPD-Fraktion und des verfassungspolitisch ausschlaggebenden Hauptausschusses sowie des Ausschusses für das Besatzungsstatut. Schmid trat im Parlamentarischen Rat unter anderem am 8. September 1948 durch eine Grundsatzrede und das auf seine Initiative ins Grundgesetz übernommene konstruktive Misstrauensvotum hervor.

Von 1949 bis 1972 war er Mitglied des Deutschen Bundestages. Von 1949 bis 1966 sowie von 1969 bis 1972 war Schmid Vizepräsident des Deutschen Bundestages und von 1949 bis 1953 sowie von 1957 bis 1965 gleichzeitig Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. 1949 bis 1953 war Schmid Vorsitzender des Bundestagsausschusses für das Besatzungsstatut und Auswärtige Angelegenheiten, 1953 bis 1956 und 1957 bis 1966 Stellvertretender Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses. 1955 trug er in dieser Funktion als Mitglied der Verhandlungskommission unter Konrad Adenauer sehr zum Gelingen der deutschsowjetrussischen Verhandlungen in Moskau bei, aus denen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik mit der Sowjetunion und die Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen resultierten.

Schmid vertrat während seiner gesamten Zugehörigkeit zum Deutschen Bundestag als direkt gewählter Abgeordneter den Wahlkreis Mannheim I. Vom 12. Oktober 1959 bis 1961 war er Vorsitzender der Unterkommission „Haushalt“ des Bundestagspräsidiums.

In seiner letzten Wahlperiode war er nach William Borm (FDP) der zweitälteste Abgeordnete des Bundestages.

1959 gehörte er mit Josef Arndgen (CDU), Walther Kühn (FDP) und Ludwig Schneider (DP) nach dem Unfalltod des Abgeordneten Josef Gockeln (dessen Hinterbliebene zu Sozialfällen wurden) zu den Initiatoren einer Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversicherung für Abgeordnete.

Schmid, der sich besonders für die deutsch-französische Aussöhnung einsetzte, gehörte von 1950 bis 1960 sowie von 1969 bis 1973 der Beratenden Versammlung des Europarates in Straßburg an. Von 1963 bis 1966 war er Präsident der Versammlung der Westeuropäischen Union in Paris, nachdem er zuvor bereits seit 1956 deren Stellvertretender Präsident gewesen war.

Öffentliche Ämter

1945 wurde er von der französischen Militärverwaltung zum Präsidenten des Staatssekretariats für die Französische Besatzungszone ernannt. Gleichzeitig übernahm er das Amt des Landesdirektors für das Unterrichtswesen und die kulturellen Angelegenheiten in der von der französischen Militärregierung eingesetzten Landesverwaltung. Bis zu den Landtagswahlen 1947 war Carlo Schmid Präsident der provisorischen Regierung von Württemberg-Hohenzollern. Danach war er von 1947 bis zum 1. Mai 1950 Justizminister und Stellvertretender Staatspräsident in der von Lorenz Bock (CDU) bzw. dessen Nachfolger Gebhard Müller geführten Staatsregierung des Landes Württemberg-Hohenzollern. Er vertrat Württemberg-Hohenzollern beim Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee.

Bei der Wahl des deutschen Bundespräsidenten 1959 unterlag er als Kandidat der SPD dem bisherigen Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Heinrich Lübke (CDU) im zweiten Wahlgang.

Am 1. Dezember 1966 wurde er als Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder in die von Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger geführte Bundesregierung der Großen Koalition berufen und war in dieser Eigenschaft Vertreter des Kabinetts im Bundesrat. Nach der Bundestagswahl 1969 schied Schmid am 21. Oktober 1969 aus der Bundesregierung aus. Von 1969 bis zu seinem Tode war er Koordinator für die deutsch-französischen Beziehungen.

Impressum

Herausgeberin: Carlo-Schmid-Stiftung
Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart

Geschäftsführung: Anni Betz
Telefon (0711) 61936-25 oder -53
Fax (0711) 61936-20

Stiftungsvorstand:

Vorsitzender: Dr. Peter Kurz
Mitglieder: Anni Betz, Rosa Grünstein,
Dr. Michael Mangold, Peter Simon,
Helmut Zilligen

Stiftungskuratorium:

Vorsitzender: Andreas Stoch MdL
Mitglieder: Dr. Katarina Barley MdEP,
Isabel Cademartori MdB, Prof. Dr. Herta
Däubler-Gmelin, Siegmund Mosdorf,
Edzard Reuter, Tobias Schmid,
Dr. Wolfgang Thierse, Dr. Ulrich
Weidner, Dr. Monika Wulf-Mathies

Foto: Fernanda da Silva Augel

Layoutgestaltung: Kai Schmidtke

Mitarbeit: Melek Gündogdu, Doris Seidl